

Ercheinal täglich  
Jah 6 1/2 Uhr.

Abendblatt und Supplement  
Abendblatt 10-12 Uhr.  
Sonntags 4-8 Uhr.

Das Reichsland hat sich, seitdem es wieder unter  
in einem General-Konventen befanden. In-  
dessen nun General-Konventen im Lande als Staat-  
halter fungiert und im Namen des Kaisers die  
Reorganisation der Verwaltung bis in alle vom  
Gesetze vorgesehene Einzelheiten ausführt, ist  
der Beginn geordneter Verhältnisse recht wohl be-  
merkbar. Darüber herrscht denn auch, nicht nur  
in Elsaß-Lothringen, sondern auch bei uns im Reichs-  
Freunde und Befriedigung. Am Sonntag berichtete  
und der Telegraph, daß nach einer kaiserlichen Ordre  
der Landesauschuss, die höchste Verwaltungsin-  
stanz für Elsaß-Lothringen, auf den 16. d. M. nach der  
Rheinstadt, dem altverehrten Straßburg, ein-  
berufen worden ist. Die Mitgliederzahl dieses aus  
50 und des Landes vom 4. Juli d. J. zusammen-  
gesetzten Landesauschusses beträgt 58, das Re-  
sultat der Wahl desselben gilt als ein über alles  
Erwartetes glückliches. Man darf sich daher der  
Hoffnung hingeben, daß, wenn die deutsche Be-  
wegung im Reichslande keine Rückschritte macht,  
der vollständige Wiederanschluß an das große  
deutsche Vaterland schon in der nächsten Genera-  
tion vollzogen sein wird. Gegenwärtig will  
es nicht viel bedeuten, wenn unter diesen 58 Landes-  
auschuss-Mitgliedern sich einige vaterlandlose  
Klerikale und widerwärtige Protektoren befinden;  
die Mehrzahl repräsentiert dennoch 'loyale deutsche  
Befürworter, die gewandt die Garantie für den  
wichtigen Verlauf der Verhandlungen. Uns will  
es sogar scheinen, als sei es für die Verwaltung  
von vorteilhaftem Vortheile, wenn sich in dieser  
Versammlung eine Minorität von Unzufriedenen  
herausbilden; seitens dieser Reichslandpolitiker  
werden gewiß allerlei Dinge zur Sprache gebracht  
werden, welche mehr oder minder der bisherigen  
Gang hindern. Vollkommene Zustände giebt es eben  
nicht in der Welt. Kurz und gut, es handelt  
sich hier um einen parlamentarischen oder kon-  
stitutionellen Konvent zu gebrauchen, einfach  
um einige Punkte im Vorhinein. Opposition  
muß sein, das bedingt die parlamentarische Form,  
aber es möge dafür gesorgt werden, daß Kritik  
und Widerstand in maßvoller Weise zur Geltung  
kommen. Wir sehen unter diesen Voraussetzungen  
den baldigen Beginn der Verhandlungen mit  
der größten Spannung entgegen; denn das neu  
geöffnete Werk wird sich in der Praxis zu be-  
weisen, seine Aufgaben aber darin zu suchen  
haben, daß dem bisherigen Zustande der Unfertig-  
keit ein Ende gemacht werde. Eine Stimme  
aus dem Reichslande weist darauf hin, daß es jetzt  
am Werke sei, überall Ernst und Festigkeit zu zeigen.  
Im Frankreich kommt es vor, daß sich parlamen-  
tarische Versammlungen den Verwaltungsbehörden  
gegenüber unbedingte Forderungen erlauben.  
Aber auch manche Einrichtung, um die wohl ver-  
gessen seitens eines Theiles der Bevölkerung wor-  
den war, wurde auf die kategorische Erklärung eines  
Deputierten hin schändlich bewilligt. Diese Praxis  
ist sicherlich, vielfach mit Unrecht, von der frühe-  
ren Verwaltung Elsaß-Lothringens nachgeahmt  
worden; sie hatte zur natürlichen Folge, daß  
das Ansehen der Regierung in zweifelhaftem  
Lichte erschien, ja wesentlich geschädigt wurde.  
„In der Sache stark, aber in der Form mild“,  
das wird der Wahlspruch des neuen Regime-  
mentes im Reichslande sein müssen. Ein dringender  
Wunsch der Bevölkerung richtet sich auch dahin,  
man möge endlich einmal davon absehen, das  
Reichsland zu einer Versuchsschule für das Ver-  
waltungsstudium zu machen. Bisher herrschte unter  
den oberen Beamten eine förmliche Freigabe,  
ein unangenehmes Kommen, Gehen und Fortziehen  
als immerwährender Fall. Diese Methode wurde be-  
achtet, um mit einzelnen Retabeln des Landes  
regierungsseitig in Fühlung zu bleiben; man  
opierte aus Rücksichten der Opportunität eine  
wichtige Kraft ein, weil sie unpopulär bei der  
eingeborenen Bevölkerung war, und was der Un-  
geschicklichkeit mehr sind. Die Folge war die  
Veranlassung eines Streikens, welches die  
wahren Interessen des Landes nicht hinreichend zur  
Geltung zu bringen verstand und sich bei jeder  
Gelegenheit wieder gab. Besonders empfindlich  
für gewisse Bevölkerungsklassen war eine ungerechte  
Einschätzung einzelner Gläubiger gegenüber in Bezug  
auf die Ordnung der Verhältnisse. Viele  
reichthümliche Gläubiger entzogen sich dem deutschen  
Willkürherrschaft, um in die französische Ernte ein-  
zutreten; nach ihrer Rückkehr wurde sie nach dem  
Ansehen der Person bald eine strengere, bald eine  
mildere Berücksichtigung in Anwendung gebracht.  
Diese Parteilichkeit lief die größte Erbitterung  
herbei und ließ die viel gerühmte Freige aber  
gerade allseitige Verwaltungsschwäche als eine  
Lacklücke erscheinen. Ein Vergleich mit früheren  
Verhältnissen hat natürlich zu Gunsten des fran-  
zösischen Regime und zu Ungunsten Deutsch-  
lands aus. Der neuorganisierte Landesauschuss

# Weipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 345.

Donnerstag den 11. December 1879.

73. Jahrgang.

Kaufpreis 16.000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,  
halbjährlich 8 M., jährlich 16 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegblätter 10 Pf.  
Schilling für Extrablätter  
ohne Postgebühr 25 Pf.  
mit Postgebühr 45 Pf.

Interim 5 Pf. Belegblätter 30 Pf.  
Drucker-Expeditur- und  
Verlagskosten - Kostenlos  
Satz nach dem neuesten  
Kurs.

Reklamieren unter dem Redaktions-  
stempel die Spalte 40 Pf.  
Interim 5 Pf. an d. Expedition  
zu senden - Reklamieren wird  
gegeben. Stellung genommen  
oder nach Bestimmung.

## Das Reichsland.

Überhaupt die gesammte reorganisierte Verwaltung  
haben die Aufgabe, endlich normale Verhältnisse  
herzustellen und die Elsaß-Lothringer vergessen zu  
machen, daß sie nur gar zu lange Zeit dem  
deutschen Reich entzogen gewesen sind. Gelingt  
es den offiziellen Vertretern des Landes, sich  
Zuneigung und Vertrauen zu gewinnen, mit  
vorsichtiger Hand verborgene oder offene Schäden  
zu heilen, unbedeutenden Uebrigkeiten aber  
mit Nachdruck und Erfolg zu begegnen, so  
wird die Zukunft des Reichslandes gesichert er-  
scheinen. Je inniger die Verschmelzung mit dem  
Reichslande, ohne die Selbstverwaltung zu  
schädigen, erfolgt, um so unnatürlicher wird das  
Gefühl der Pariser Emigranten auf Heranzugabe  
des unter schweren Opfern von uns wieder-  
gewonnenen Landes erscheinen, um so weniger wird  
die Elsaß-Lothringer „Frage“ einen europäischen  
Charakter annehmen können. Das Reich ist stark  
genug, um jeden dreifachen Angriff abzuwehren;  
aber es kann sich eine Epoche des Friedens gar  
wohl gefallen lassen, denn der innere Arbeit geht  
es für uns Deutsche noch genug zu vollenden,  
um den großen Kulturkämpfen nach jeder Richtung  
hin überlegen zu sein.

## Politische Uebersicht.

Weipzig, 10. December.

Die Specialdebatte des preussischen Ab-  
geordnetenhauses über die Verstaatlichung  
mehrerer Privatbahnen gelangte am  
Dienstag bereits zur Abstimmung über den  
essentiellen §. 1 des Gesetzesentwurfes, welcher die  
Regierung ermächtigt, die Verwaltung und den  
Betrieb der 4 bekannten Eisenbahnen zu über-  
nehmen. Derselbe wurde in namentlicher Abstim-  
mung mit ungefähr 2/3 Majorität angenommen.  
Vor Eingang in die Debatte erklärte der Arbeits-  
minister Namens der Staatsregierung das Ein-  
verständnis mit dem von der Commission auf-  
gestellten Garantieforschlag. Die Debatte  
selbst nahm nur an einzelnen Stellen einen  
lebendigeren Charakter an. Zum Beginn ver-  
sammelten die Oppositionstendenzen noch im Hinter-  
grund und es schien, als ob sich das Haupt-  
moment der Debatte auf die Garantieforschlagungen  
concentriren sollte; die nach der Verstaatlichung  
des Gesetzesentwurfes zur Verhandlung gelangen.  
Indessen führte die Rede eines Centrumsmitgliedes  
(Abg. Evemer) einen Zwischenfall herbei, der die  
Stellung der verschiedenen Parteien plötzlich  
demonstrirte. Herr Evemer wendete sich gegen die  
in allen Bezirken enthaltene Bestimmung, nach  
welcher der Staat berechtigt sein soll, alle für  
ihn aus dem Betrage hervorgehenden Rechte und  
Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen. Er  
apostrophierte dabei die Conservativen ebenso wie  
die Nationalliberalen, welche mit der Eisenbahnpolitik  
der Regierung zum Unitarismus gelangen. In diesem  
Punkte würde der Kaiser von Deutschland zum  
Präsidenten der Republik werden. Diesen scharf  
accentuirten Behauptungen trat der Redner der  
Conservativen, Abg. von Rauschhaupt, mit nicht  
minderer Behemung entgegen. Er bezeugte das  
Gefahren des Abg. Evemer als protobolisch und  
verlangte vom Centrum, die Conservativen mit der  
Unterweisung darüber, was conservativ sei, zu ver-  
schonen. Die Conservativen seien immer für das  
Staatsbahnsystem gewesen und würden auch künftig  
bleiben, wie sie sich zur Reichsbahnenfrage ver-  
halten sollen. Gegenwärtig war es, wie sich  
der Abg. Rauschhaupt in die Debatte warf, um  
einen planmäßigen Grundes das Verhalten seiner  
Partei zu rechtfertigen. Er erklärte, daß nur die  
Befürworter der Übertragung der Bahnen auf  
das Reich das Centrum veranlassen, gegen den An-  
lauf der Privatbahnen zu stimmen. Erklärlich war  
es übrigens, wie der Kopf des Ultramontanen zum  
ersten Male in dieser Session die dichterigen guten  
Beziehungen zu den Conservativen selbst abdrückte  
und ihre prinzipielle Haltung in der Eisen-  
bahnenfrage in schärfster Weise geistete. Die  
Haltung der Conservativen erregte allerdings  
Herrn Rauschhaupt zu diesem Angriff. Wenn eine  
seiner Finanzpropositionen sagte gerade, daß dem  
Landesauschuss das Recht zukäme, sich über den  
Übergang der Bahnen auf das Reich zu ent-  
scheiden. Der Arbeitsminister Wabbe erklärte  
zwar, daß der Übergang der preussischen Bahnen  
auf das Reich nur mittelst Zustimmung der Landes-  
verwaltung erfolgen kann; aber in Bezug auf die  
Reichsbahnenfrage ließ er sich eine Dilettanten-  
offen, durch welche der unbedingte Aufschauer be-  
merken kann, daß die von dem Reich zu über-  
nehmenden Bahnen in der Nähe seien. Weiter-  
hin die Mittelpartei constituirte Abgeordneter  
Nichter, welche Stellung die Conservativen zur  
Reichsbahnenfrage und zu ihren Interessen  
und Interessen der Reichsbahnen in der Reichs-  
bahnenfrage während Namens der National-  
liberalen Abgeordneter Richter erklärte, daß der

demängelte Paragraph nichts weiter bedeute, als  
daß er die Freiheit des Staats in seinen Ent-  
schlüssen den Geschäftsleuten gegenüber sichere, und  
daß dem Staate keine neuen Hindernisse für seine  
Eisenbahnpolitik bereitet werden sollten. Ohne  
Zweifel wird das Haus nach Gelegenheit finden,  
sich über die Reichsbahnenfrage des Reiches zu  
verbreiten. Man sieht diesen Discussionen schon  
deßhalb mit Spannung entgegen, weil auch die  
zweifelhafte Haltung des Reiches der Freiconservativen  
(Abg. Graf Bethusy Hac) dazu beigetragen  
hat, die Unklarheit der Majoritätsparteien  
des Abgeordnetenhauses über den wichtigsten Punkt  
der Bismarckschen Eisenbahnpolitik zu ver-  
mehrten.  
Die Wehrkraft des Deutschen Reiches wird dem-  
nächst im Norden eine wesentliche Verstärkung er-  
fahren. Es wird als sicher angesehen, daß in  
den nächsten Jahren der Küstenbefestigung  
der Ostsee eine erhöhte Beschäftigung zu  
Theil werden wird. Auch sind in diesem Sommer  
bereits umfassende Veranlassungen, namentlich an der  
medlenburgischen und der schlesischen Ostsee, vor-  
sich gegangen und hat noch im Herbst eine Verei-  
gung dieser Küstenlinie durch Generalstabsofficiere statt-  
gefunden. Wie verlautet, wird der „R. Z.“ und Berlin  
geschrieben, dürfte hierbei zunächst auf eine aus-  
reichende Befestigung von Wismar und der dem  
Hafen dieser Stadt vorgelegenen Insel Poel Be-  
acht genommen werden. Die Wichtigkeit dieses  
Hafenpostens ist schon vielfach hervorgehoben wor-  
den. Seine Wasserseite und Ausdehnung er-  
weisen sich so günstig, daß derselbe sich zur Auf-  
nahme auch der größten Kriegskriegsflotte im hervor-  
ragendsten Maße eignen und dieser letzteren zu  
Ostseeoperationen die reichste Bewegung gestatten  
würde. Andererseits bietet durch dieselben Umstände  
Wismar mit dem Wohlstand der Ostsee zugleich  
auch denjenigen Punkt, der an der ganzen deut-  
schen Ostseeküste einer feindlichen Besetzung und  
einer Festung fremdlicher Truppenkräfte von  
militärischer Wichtigkeit wäre. Nach beiden Be-  
ziehungen würde sich demnach allerdings eine aus-  
reichende Befestigung dieses Hafens und seiner  
beiden Hafenmündungen als besonders dringend er-  
forderlich erweisen. Selbstverständlich ist Wismar zugleich  
der einzige Punkt der deutschen Ostseeküste, auf  
welchen Schweden von seinem einst dort so aus-  
gedehnten Länderebesitz, wenn auch nicht mehr, ab-  
bestanden doch noch ein factisch begründetes Anrecht  
beanspruchen kann, indem nämlich 1801 diese Stadt  
und ihr unmittelbarer Hafen nur auf 100 Jahre,  
also bis 1901, durch eine pfandweise Ueberlassung  
an Preussens Übergangenen sind, ein Verhält-  
niß, das sich dadurch noch schlimmer gestaltet, daß  
daneben wieder die Rede und die Einsichten  
zu derselben freies deutsches Eigenthum bilden.  
Aus dem Umstände, daß der Kaiser am Dien-  
stag Nachmittag den Landgrafen Alexis von  
Hessen-Schillingsbüchel-Berchfeld empfangen  
hat, will man, wie uns aus Berlin gemeldet  
wird, schließen, daß die heftigen Agitationen,  
zu denen jener Prinz gehört, sich direct und nicht  
vergeblüh wegen ihrer Entschuldigungsansprüche an  
die Person des Monarchen gerichtet haben. Von  
den Verhandlungen, welche gegenwärtig zwischen  
dem juristischen Beirath der Agnaten und den  
Vertretern der preussischen Regierung geführt  
werden, bringt sehr wenig Zuverlässiges in die  
Oeffentlichkeit. Das Publicum scheint mit seiner  
Rechtansschauung wohl zufriedener, besonders  
aber nicht in der Provinz Oesterreich, auf  
Seiten der Prinzen zu stehen, die ja sicherlich  
auch für den Fall, daß die Katastrophe von 1866  
nicht eingetreten und Sachsen unter eigenem  
Fürsten selbstständig geblieben wäre, nicht von  
dem Fideicommissvermögen, das sie jetzt beanspru-  
chen, bekommen haben würden. Was der ver-  
heerete Kurfürst nicht antauchen konnte, hätte nach  
seinem Tode an seinen Nachfolger, den Landgrafen  
Friedrich Wilhelm, der gegen eine sehr ansehnliche  
jährliche Rente längt seinen Frieden mit Preussens  
geschlossen hat, fallen müssen. Was der Kurfürst  
aber irgend loswerden wollte, hätte er selbst  
Rindern aus moralischer Ebe zugewendet.  
Für die Wahlprüfungsfrage in Preussen scheint  
jetzt eine letzte Zeit heranzukommen. Unter dem  
4. November hat die Regierung zu Coblenz eine  
Verfügung erlassen, die sich mit einer im Auftrag  
zu Weipziger abgehaltenen Reichstagsconferenz be-  
schäftigt, auf der ein Bericht über die gegen-  
wärtige Verfassung gegen die Reichstagsconferenz  
der Reichsversammlung hat. In der Verfügung  
heißt es u. A.: „Der gegenwärtige Reichstags-  
conferenz hat sich die Aufgabe gestellt, die Ver-  
fassung des Reiches zu revidiren. Wir müssen es  
ebenfalls bedauern, wie wir wünschen, daß die  
Conferenz, ohne daß ein einziger Vertreter  
nur nachträglich dagegen Widerspruch erheben,  
mit einem, auch abgesehen von der Sache, durch-  
aus ungenügendem Majoritäten „Bravo“ ihre Be-  
stimmung zu demselben durchzuführen hat.“ Das  
weiter stänatische einseitige Vertheilen gegen die ab-

weichende Ansicht des Reichslandinspectors Barver  
Boumel in anscheinend sehr energischer Weise pro-  
testirt haben, zieht ihnen eine „ernte disciplina-  
rische Mißbilligung“ zu. Endlich erwartet die Re-  
gierung, daß diejenigen Lehrer, welche neben dem  
Schulamt auch kirchliche Dienste versehen, im  
Gegensatz zu der agitatorischen Aufforderung an  
Schlüsse des Betrages des R. O. diese willig  
und pflichttreu versehen werden.“  
Der Stand der auswärtigen Angelegenheiten  
im Osten und Westen wird übereinstimmend als  
Frieden verheißend angesehen. Oestreichlich führen  
die Angelegenheiten auf der Balkanhalbinsel  
keine neuen Verwicklungen herbei. Das Land  
zwischen dem Schwarzen und dem Aegeischen Meere,  
welches der Schauplatz des letzten Krieges war,  
würde es unter allen Umständen schwer haben, sich  
von den Verheerungen und Verwüstungen des Krieges  
zu erholen. Man aber trotz der Lebensschwierigkeiten  
der halbverwundeten Völkern, die in Folge des  
Krieges in die Reihe der unabhängigen Staaten  
eingetreten sind, nicht wenig dazu bei, eine ruhige  
und friedliche Entwicklung zu hindern. In dem  
bulgarischen Parlament trat die radikale Mehrheit so  
mächtig auf, daß Herr Kalkanber die erste  
Nationalversammlung auflöste, noch ehe sie zu  
Verhandlungen kam. Traurig ist das Loos der  
Rohamedaner in der europäischen Türkei, viel  
trauriger als es das Loos der christlichen Unter-  
thanen des Sultans war, über welches vor dem  
Kriege so viel geredet wurde. Au Tasenden und  
Zehntausenden sind sie ermordet und vertreiben  
worden, und jetzt, da sie trotz des Berliner  
Friedens in ihre Heimath und ihr Eigenthum  
wieder zurückkehren sollen, werden ihnen endlose  
Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Man will sie  
nicht anders wieder aufnehmen, als wenn sie  
sichere Selbstwehrmittel nachweisen, sie ihren ab-  
wehrenden, sie werden von der Bevölke-  
rung, die sich ihrer Opfer und Leiden bewußt  
hat, verfolgt und mißhandelt, und wenn nicht  
frühe Maßnahmen getroffen werden, werden in  
der nächsten Zeit vor Mille und Hinger Tausende  
ankommen. — Die „Polit. Corresp.“ meldet aus  
Konstantinopel, daß wieder eine Sitzung der  
griechisch-türkischen Commission stattfinden  
sollte, in welcher die türkischen Delegirten ein  
neues Memorandum vorzulegen beabsichtigten, das  
die griechische Regierung anforderte, die türkischen  
Häfen der Thäler des Kalamas und Venesia als  
die einzig richtige von dem Berliner Congreß an-  
geordnete Grenzlinie in Betracht zu ziehen. — Die  
montenegrinische Regierung soll beschließen  
haben, gegen die Albanesen nicht offen zu vor-  
zugehen.  
Aus Russland werden neue, mit der revo-  
lutionären Bewegung zusammenhängende Dinge  
gemeldet. Das Organ der Odesaer Stadt-  
hauptmannschaft, die „Hjdomoski Odeskjsko  
Gedonatschskaja“, weiset, daß in Odesa  
beim Ausgraben eines Wasserleitungsgrabens in  
der Nähe des Bahnhofs in der Erde drei Rinen  
entdeckt wurden, welche mit dem Jahre Kr. 4 in  
dem Drogostoff-Verordnungs-Buch in Beziehung  
standen. In Folge der ungeschickten Ausgrabung  
der Rinen wurden drei Häuser beschädigt. Es  
wurde sofort an Ort und Stelle eine Commission  
entsandt, welche das beschädigte Protokoll aufnahm,  
die Bewohner der drei beschädigten Häuser ent-  
scherte und die Forderung in dem genannten Verord-  
nungs-Buch einstellte.  
Man erkennt in Paris immer mehr das Be-  
dürfnis einer Klärung der Lage. Die Frage der  
Renovation für die Kammer gewinnt in der  
Presse eine stichlich zunehmende Beachtung. Die  
wahren Klätter beschäftigen sich damit. Aus guter  
Quelle verlautet, daß auch die Frage diese drei  
einer demnächstigen Kammer-Auslösung und somit  
früherer Renovation sehr in Verbindung gezogen  
wird, nämlich der jüngsten parlamentarischen  
Verträge. Da zweifellos Camille ebenfalls  
eine Beschleunigung der Renovation wünscht, so  
läßt sich voraussetzen, daß eine Campaigne in diesem  
Sinne eingeleitet werden wird.  
Ungemein erregend sind die Mittheilungen,  
welche ein Dräffeler Correspondent über die  
Anstalten macht, unter denen die Beschäftigung  
des belgischen Ouders Dumais auf der Verwal-  
tung der Diöcese Journal endlich erfolgt ist.  
Das dieselbe, schreibt er, mit großen Schwierig-  
keiten verknüpft gewesen ist, wurde schon erwähnt.  
Man erzählt man auch noch, welche Mittel haben  
angewandt werden müssen, um dem überausigen  
das Abfertigungssecret, wie das canonische Recht  
fordert, vorher drei Mal zur Kenntniß zu bringen.  
Die erste Beschäftigung des antiken Schriftstellers  
Bremann des Rindens selbst, der eigens von  
Dreißel nach Luzzat fuhr, und, als er den  
Bischof zu Luzzat umhüllte, von diesem zu  
Luzhe geladen wurde. Während des Offens